



STARK reduziert

Betrug an der Wall Street
Warum die Zahl illegaler Insidergeschäfte steigt | Seite 23



Schulden, selbst gemacht
Wie Elolly das Kreditgeschäft der Banken angreift | Seite 16

Mehrwertsteuerschock
Der Einzelhandelsumsatz ist im Januar eingebrochen | Seite 14

GASTKOMMENTAR: DIE UMBAUPLÄNE DES NEUEN TELEKOM-CHEFS RENE OBERMANN GEHEN NICHT WEIT GENUG, SCHREIBT TORSTEN GERPOTT | SEITE 24

Brüssel erwägt Sammelklagen für Verbraucher

EU will Konsumenten gegenüber Firmen stärken

VON **WOLFGANG PROISSL** UND **GEORGE PARKER, BRÜSSEL**

Die EU-Kommission erwägt, Verbraucher in Europa mit dem Instrument der Sammelklagen nach US-Vorbild auszurüsten. Das geht aus der „EU-Verbraucherpolitik-Strategie 2007 bis 2013“ hervor, die die Brüsseler Behörde am Dienstag kommender Woche vorstellen will. Der Text liegt der FTD vor.

Dem Strategiepapier zufolge will die Kommission das Konzept einer „kollektiven Entschädigung“ prüfen. Das neue System würde es Verbrauchern aus verschiedenen EU-Staaten ermöglichen, gemeinsam Ansprüche gegen Anbieter mangelhafter Produkte oder Dienstleistungen einzuklagen. „Die kollektive Entschädigung ist wichtig, da sie eine scharfe Sanktion gegen Unternehmen sein kann“, sagte Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva der Financial Times.

Rechtsgrundlage fehlt bislang

Die Möglichkeit zu Sammelklagen würde die Stellung der Konsumenten im europäischen Binnenmarkt deutlich stärken. Bislang gibt es dieses Instrument nur in einigen EU-Staaten für nationale Klagen. Eine Rechtsgrundlage für Verbraucher verschiedener Länder, die gemeinsam klagen wollen, fehlt hingegen.

In dem Strategiepapier heißt es, die Kommission werde „eine Studie zu der Situation abschließen und auch mögliche Maßnahmen zur kollektiven Entschädigung erwägen“. Kuneva sieht ein solches Instrument auch als Voraussetzung dafür, dass sich vor allem der Handel über das Internet (E-Commerce) dynamischer entwickelt. Nur wenn sich Verbraucher auf „effektive Entschädigungsmechanismen“ verlassen könnten, würden sie in der EU mehr außerhalb ihres eigenen Landes einkaufen, heißt es in dem Papier.

Einheitliche Gesetze angestrebt

Mitarbeiter der Kommissarin betonen, eine EU-Variante der Sammelklagen werde nicht einfach das US-Vorbild imitieren. So erwägt Kuneva, europäische Verbraucherorganisationen an dem System zu beteiligen. Bei US-Sammelklagen wird kritisiert, dass Rechtsanwälte die Hauptprofiteure des Systems sind.

Die bulgarische Verbraucherschutzkommissarin, die zum Jahresbeginn mit dem EU-Beitritt ihres Landes das Amt übernahm, sieht im „Mangel an Informationen und Vertrauen“ eine große Hürde für den Einzelhandelsbinnenmarkt mit fast 500 Millionen Verbrauchern. Selbst beim E-Commerce hätten 2006 nur sechs Prozent aller Verbraucher außerhalb ihrer Landesgrenzen eingekauft. Bei Finanzdienstleistungen war es gar nur ein Prozent.

Kuneva hält den EU-Einzelhandelsbinnenmarkt für „in 27 Minimärkte“ aufgesplittelt. Sie plädiert für mehr Harmonisierung von Verbraucherschutzgesetzen, um Konsumenten mehr Rechtssicherheit zu geben. Beim Verbraucherschutz sollten die Gesetze „keinen Raum für zusätzliche Regeln auf nationaler Ebene lassen“, heißt es in dem Strategiepapier. „Ein gut funktionierender Binnenmarkt erfordert Harmonisierung bei bestimmten Themen.“

DOSSIER

Klima über alles

Wie sich Autoindustrie und Politik auf den neuen Megatrend einstellen

Sprit sparen Was den Automobilsalon in Genf prägen wird | Seite 3

Laute Vorschläge Die Parteien überschlagen sich mit neuen Ideen | Seite 9

Biomasse Wieso die Lebensmittelversorgung unter dem Boom leidet | Seite 12, 25

Kommentar Schützt den Markt! | Seite 24



Gericht zwingt Banken zu Transparenz

Institute müssen Provisionen bei Geldanlageprodukten ausweisen · Urteil rüttelt an Beratungspraxis

VON **MARKUS ZYDRA, FRANKFURT**

Banken müssen nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) ihre Beratung bei der Vermittlung von Finanzprodukten wie beispielsweise Aktienfonds umstellen. Der BGH zwingt die Bankberater, ihre Kunden künftig darüber aufzuklären, wie hoch ihre Provision für das Geschäft ist. In der Anfang März fertiggestellten Urteilsbegründung, die der FTD vorliegt, heißt es, der Kunde solle wissen, ob die Bank ihm einen bestimmten Fonds nur deshalb empfiehlt, weil sie selbst daran verdient.

Bei Fonds setzen sich die Provisionen, sogenannte Kickbacks, aus dem einmalig zu zahlenden Ausgabeaufschlag von bis zu fünf Prozent sowie Teilen der jährlichen Managementgebühr für den Bestand von zwischen 0,3 und 0,8 Prozent zusammen. Sie fließen von der Fondsgesellschaft zurück an die vermittelnde Bank. „In der Zertifikatsbranche belaufen sich

die Kickbacks auf ein bis drei Prozent“, sagte Dieter Lendle, Vorstand des Deutschen Derivate Instituts. Wegen des zunehmenden Wettbewerbs hatten Fondsgesellschaften in den letzten Jahren den Vertrieb ihrer Produkte durch immer höhere Provisionen anzutreiben versucht.

Das Urteil zerstört die bisherige Praxis, da bislang kaum ein Vermittler diese Aufklärung geleistet hat. „Dass Banken auch die Höhe der Bestandsprovisionen dem Kunden mitteilen müssen, kommt für uns sehr überraschend“, sagte Herbert Jütten, Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB). Das Urteil betrifft nach Aussage von Rechtsanwalt Andreas Tilp alle Finanzprodukte, bei denen Provisionen fließen, also Fonds, Zertifikate, Lebensversicherungen. Tilp führt den Prozess und ist auf Anlegerklagen spezialisiert.

Im konkreten Fall hatte ein Investor im Sommer 2000 bei der HypoVereinsbank hauseigene

Fondsanteile gekauft, ohne über die Rückvergütungen informiert worden zu sein. Der BGH hat den Fall mit den neuen Vorgaben an das Oberlandesgericht München zur Überweisung zurückverwiesen.

Anwälte hoffen nun auf weitere Klagen zur Rückabwicklung von Geschäften. Zwar gilt bei Beratungsgeschäften mit Wertpapieren und Derivaten eine Verjährungsfrist von drei Jahren – doch die wird ausgehebelt, wenn der Anleger der vermittelnden Bank Vorsatz nachweist. „Die Banken

wissen spätestens seit dem BGH-Urteil vom Dezember 2000 Bescheid“, sagte der ebenfalls auf solche Fälle spezialisierte Anwalt Jens Graf. Damals entschied der BGH, dass Vermögensverwalter ihre Kunden über den Erhalt von Kickbacks aufklären müssen. In dem aktuellen Urteil übertragen die Richter dies auf den Bankberater. Zudem erklärt der BGH in seiner aktuellen Begründung, dass Anleger bei einem Aufklärungsversuchen des Vermögensverwalters nicht nur den Fondskauf, sondern auch alle anderen Wertpapiertransaktionen rückgängig machen können. „Das wird desaströs für die Branche“, sagte Tilp.

Der Entscheid könnte das Ende der Provisionsberatung in Deutschland einläuten. Die Quirin Bank sorgt für Unruhe im Markt, weil sie die Kickbacks an den Kunden zurückgibt. Dasselbe macht der Verbund Deutscher Honorarberater – Anleger bezahlen Experten hier direkt für deren Empfehlungen, was die Unabhängigkeit der Beratung verbessert. Der Berater ist nicht mehr von der Verkaufsprovision eines Produkts abhängig.

Wachsender Markt

Finanzprodukte in Deutschland, in Mrd. €



Verbriefte Derivate



Publikumsfonds



FTD/IF: Quelle: Derivate Forum und BVI

Harte Konkurrenz Bei den klassischen Fonds, aber auch bei den abgeleiteten Finanzprodukten (Derivaten) strömen immer mehr Anbieter auf den Markt.

Bacardi umwirbt Schwedens Schnapskonzern V&S

Rumhersteller teilt Staat Interesse schriftlich mit · Wert etwa bei 4,3 Mrd. Euro · Start der Privatisierungswelle

VON **JENNY WIGGINS, LONDON**

Der weltweit führende Rumhersteller Bacardi hat als eines der ersten ausländischen Unternehmen offiziell auf die umfassenden Privatisierungspläne Schwedens reagiert. Man habe der schwedischen Regierung schriftlich Interesse am Kauf der Spirituosengruppe Vin & Sprit (V&S) mitgeteilt, sagte Bacardis Vorstandschef Andreas Gembler der Financial Times.

V&S ist mit Absolut Vodka unter anderem Eigentümer der hinter Smirnoff zweitgrößten Wodka-Marke der Welt. „V&S und besonders Absolut würden hervorragend zu Bacardi passen“, sagte Gembler. Analysten schätzen den Wert von V&S auf rund 4,3 Mrd. €. „Angesichts der wenigen globalen Marken, die überhaupt zu kaufen sind, sind V&S und Absolut für uns ein Juwel“, sagte Gembler.

Die Reaktion der schwedischen Regierung auf das Kaufinteresse wird einen wichtigen

Hinweis auf die Ausgestaltung ihres Privatisierungskurses geben. Insgesamt will der neue schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt Staatsbeteiligungen im Wert von derzeit deutlich mehr als 20 Mrd. € verkaufen – darunter Aktienpakete so traditionsreicher Konzerne wie TeliaSonera, des Finanzdienstleisters Nordea und des Börsenbetreibers OMX. Später soll auch der Anteil an der Fluggesellschaft SAS verkauft werden.

V&S und vor allem die Marke Absolut gelten als nationale Ikonen. Dennoch sollen sie jetzt den Anfang machen: Die Regierung bat am Freitag das Parlament offiziell um Erlaubnis für die Privatisierung, ließ aber offen, ob sie den Verkauf über die Börse oder an einen einzigen Interessenten bevorzugt. Der Haushaltsentwurf sieht für 2007 und 2008 jeweils Privatisierungserlöse von rund 5,5 Mrd. € vor.

In der Regel liegen die Erlöse bei einem Komplettverkauf zwar höher. V&S-Vorstandschef Bengt Baron warnte die Regierung jedoch

bereits im vergangenen Monat vor einem übereilten Verkauf an einen industriellen Investor. Die schwedische Gruppe weise als unabhängige Firma ein starkes Wachstum auf, sagte er. Ein Börsengang würde diese Unabhängigkeit des Managements stärker wahren.

Bacardi-Vorstandschef Andreas Gembler sagte, er würde sich freuen, wenn Stockholm V&S „so schnell wie möglich“ verkaufen würde. Er sei hoffnungsfroh, dass es im Herbst zu einer Auktion komme. Es gilt als sicher, dass dann auch weitere Branchengrößen wie Pernod Ricard in den Verkaufsprozess einsteigen werden. Gembler hält eine Finanzierung der Kaufsumme durch Banken für unproblematisch: „Es ist nicht notwendig, dafür selbst an die Börse zu gehen. Die Banken, die uns in der Vergangenheit Geld geliehen haben und die uns heute Geld leihen, würden uns in dieser Situation gern helfen“, sagte er. Der Rumhersteller gehörte derzeit rund 500 Familienmitgliedern.

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE 20:30 UHR		
Dax (Xetra) -0,56%	Dow Jones -0,98%	Euro in \$ +0,0006
7100 → 6603,32	13000 → 12114,10	1,328 → 1,3193
EuroStoxx 50 -0,49%	Nasdaq -1,51%	Nikkei -1,35%
4011,63 →	2368,00 →	17217,93 →
10J Bund -0,009	10J US-T -0,053	Brent Oil* -0,03
3,938 →	4,497 →	62,08 →
<small>Schluss/Freitag 23:00 Uhr MEZ, Veränderungen zum Vortag *\$/Barrel</small>		

WIRTSCHAFT

Airbus weitet Verkaufspläne für Werke aus

Der Konzern hat drei weitere Werke als verkaufsfähig bezeichnet. Bislang hieß es, für sie würden lediglich Partner gesucht. Der Jobabbau würde auf 22 000 steigen. | Seite 3

SAP erkennt Nachholbedarf im Mittelstand

Der zuständige Vorstand Léo Apotheker will bei Kunden das Bewusstsein dafür schärfen, dass der Softwarekonzern sich nicht mehr nur um Großkunden kümmert. | Seite 4

Satzung für RAG-Stiftung vor dem Abschluss

Bis Ostern soll die Stiftung, die den Bergbau weiterführen und die übrigen Sparten an die Börse bringen wird, arbeiten. Einen Satzungsentwurf gibt es. | Seite 8

EZB rechnet für 2007 mit Inflation unter zwei Prozent

Die Europäische Zentralbank wird nach eigenen Schätzungen im laufenden Jahr erstmals seit sieben Jahren ihr selbst gestecktes Teuerungsziel erreichen. | Seite 15

Opec-Chef fordert mehr Kooperation von Abnehmern

Der Generalsekretär des Ölkartells, Abdalla El-Badri, möchte die Investitionen seiner Mitglieder gern an die Energiepolitik der Abnehmerländer anpassen. | Seite 15

Rohölpreis Sorte Brent in \$ je Barrel (159 l)



1. 12. 06 2. 3. 07

WAS SIE HEUTE WO FINDEN

Köpfe & Karrieren	2	Investmentfonds	22
Wirtschaftsbücher	8	Kommentare	24, 25
Weltwirtschaft	14	Sport	26, 27
Fondsnotierungen	21, 22	Out of Office	28

NAMEN- UND FIRMAN-INDEX SEITE 2

Deutschland 1,80 € · Schweiz 3,80 sfr
 Österreich 2,40 € · Belgien 2,40 €
 Frankreich 2,40 € · Luxemburg 2,40 €
 Slowakei 125 SK · Ungarn 910 ft

Abonnentenservice 01802 30 40 20 € 0,06/Anruf

